



Dr. Edgar Franke

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenber

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

20. Dezember 2024

20. Dezember 2024

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenber, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c

34582 Borken

Tel.: 05682-739729

edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5

35066 Frankenber

Telefon 06451-717950

<http://www.edgarfranke.de>

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Verantwortung für das Land übernommen –

Bilanz unserer parlamentarischen Arbeit

Weiter Verantwortung übernehmen – das

Wahlprogramm der SPD

Ein starkes Zeichen für gelebte Inklusion

Politisches Friedenslicht

Aus Wahlkreis und Heimat

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser!

Es war in diesem Dezember wirklich eine historische Woche in Berlin. Es war die 6. Vertrauensfrage im Bundestag. Willy Brandt, Helmut Schmidt, Helmut Kohl sowie zweimal Gerhard Schröder haben sie gestellt.

Und jetzt Olaf Scholz.

Mit der Vertrauensfrage bereitet Bundeskanzler Scholz den Weg zu Neuwahlen.

Bei dieser Wahl geht es darum, den Industriestandort zu sichern und die Möglichkeit zu schaffen, wieder in die Zukunft zu investieren und damit auch in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.



Damit geht ein Jahr mit größten Herausforderungen zu Ende.

Ich wünsche Ihnen und Euch frohe und besinnliche Weihnachten mit Zeit, zur Ruhe zu kommen, und einen guten Start ins neue Jahr.

Allen Menschen, die über die Festtage Dienst für andere Menschen leisten, gilt mein besonderer Dank.

Für 2025 wünsche ich uns ein Jahr mit mehr Frieden, vor allen Dingen aber mehr Zusammenhalt und Solidarität.

Euer und Ihr



Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Vertrauensfrage

Unter Berufung auf Artikel 68 des Grundgesetzes hat Bundeskanzler Olaf Scholz die Abgeordneten am Montag im Parlament aufgefordert, ihm das Vertrauen auszusprechen. Doch das Gegenteil sollte erreicht werden. Denn nur in diesem Falle kann er den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier auffordern, den Bundestag aufzulösen und Neuwahlen zu ermöglichen.

Scholz hatte zuvor die Vertrauensfrage bei Bundestagspräsidentin Bärbel Bas fristgerecht, das heißt mehr als 48 Stunden vor einer Abstimmung im Bundestag, beantragt.

Das von ihm persönlich unterzeichnete Schreiben besagte: "Sehr geehrte Frau Bundestagspräsidentin, gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes stelle ich den Antrag, mir das Vertrauen auszusprechen. Ich beabsichtige, vor der Abstimmung am Montag, dem 16. Dezember 2024, hierzu eine Erklärung abzugeben."



Die Regierungsbank mit Edgar Franke bei der Debatte zur Vertrauensfrage im Bundestag.

Der Bundestag trat dann am Montag, zu einer Sondersitzung zusammen, um über den Antrag zu beraten und zu entscheiden.

Nachdem er, wie beabsichtigt, keine Mehrheit im Bundestag bekommen hatte, fuhr er gleich nach der Sitzung ins Schloss Bellevue um dem Bundespräsidenten die Auflösung des Parlaments vorzuschlagen.

Es ist der entscheidende Schritt auf dem Weg zu einer Neuwahl des Bundestags.



Vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar geplant

Die Vertrauensfrage ist für ihn die einzige Möglichkeit, selbst eine vorgezogene Bundestagswahl herbeizuführen. Er hatte diesen Schritt bereits am 6. November unmittelbar nach dem Aus seiner Ampel-Koalition angekündigt. Seitdem führt er eine von SPD und Grünen getragene Regierung, die im Bundestag keine Mehrheit mehr hat. Scholz begründete seine Beweggründe für die Vertrauensfrage in einer Rede. Nach der dann folgenden Aussprache wurde namentlich abgestimmt.

Dem Bundestag gehören 733 Abgeordnete an. Um das Vertrauen des Parlaments zu bekommen, wurden mindestens 367 Stimmen benötigt. Das ist die absolute Mehrheit aller Parlamentarier, auch "Kanzlermehrheit" genannt.

207 Ja-Stimmen für den Kanzler, 394 Nein-Stimmen und 116 Enthaltungen, die ebenfalls als Stimme gegen ihn gewertet werden - so lautet das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zur Vertrauensfrage im Bundestag.

Die SPD-Fraktion hatte dem Kanzler das Vertrauen ausgesprochen. Die Grünen-Fraktionsspitze hatte ihren Parlamentariern eine Enthaltung empfohlen, um zu vermeiden, dass die antidemokratischen Kräfte im Parlament das Ergebnis kippen und so für Chaos sorgen.



Bundeskanzler Olaf **Scholz** hat im Bundestag die **Vertrauensfrage** gestellt - und damit den Weg für Neuwahlen freigemacht.

Nun ist der Bundespräsident am Zug. Scholz hat dem Bundespräsidenten vorgeschlagen, den Bundestag aufzulösen, wozu der dann drei Wochen Zeit hat, also bis zum 6. Januar. Wenn der Bundespräsident sich dafür entscheidet, was als sicher gilt, muss die Neuwahl innerhalb von 60 Tagen stattfinden.

SPD, Grüne und die Union als größte Oppositionsfraktion hatten sich auf den 23. Februar als Wahltermin verständigt, der so auch möglich ist.



Regierung bleibt im Amt

Der Kanzler und seine Regierung bleiben im vollen Umfang im Amt und nicht nur geschäftsführend. Erst mit der Konstituierung des neuen Bundestags höchstens 30 Tage nach der Wahl endet laut Artikel 69 Grundgesetz das Amt des Bundeskanzlers und seiner Minister. Wenn zu diesem Zeitpunkt die Verhandlungen über eine neue Regierungskoalition noch nicht abgeschlossen sind, kann der Bundespräsident die alte Regierung bitten, die Amtsgeschäfte bis zur Vereidigung der neuen geschäftsführend weiterzuführen. Das beträfe auch die Staatssekretäre.

Bundestag weiterhin handlungs- und beschlussfähig

Der Bundestag bleibt bis zum Zusammentritt des neuen Bundestags mit all seinen Rechten und Pflichten bestehen. Das Parlament kann jederzeit wieder zusammentreten, es kann weiter Gesetze beschließen, auch seine Gremien wie Untersuchungsausschüsse bestehen bis zum Ende der Wahlperiode fort. Dieses Ende ist erst mit dem ersten Zusammentreten des neu gewählten Bundestags im März erreicht.



Vor vollem Haus sprach der Bundeskanzler zu den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und den Bürgern des Landes.

Weg frei für die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger

"Bei dieser Wahl können dann die Bürgerinnen und Bürger den politischen Kurs unseres Landes vorgeben, darum geht es", sagte der Bundeskanzler in seiner Rede zur Einbringung der Vertrauensfrage. "Die Vertrauensfrage richte ich deshalb heute an die Wählerinnen und Wähler", so Scholz weiter. Es gehe um die Kernfrage: "Trauen wir uns zu, als starkes Land kraftvoll in unsere Zukunft zu investieren?"

Die Bürgerinnen und Bürger hätten aber auch einen Anspruch darauf, dass alle politischen Kräfte ihre Verantwortung wahrnehmen und zum Wohl des Landes zusammenarbeiten.



Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich (Bild) forderte mehr Ernsthaftigkeit und die Fähigkeit zum Kompromiss und kündigte an, dass Familien und Beschäftigte unterstützt werden sollen, indem noch vor der Wahl das Kindergeld erhöht und die Kalte Progression abgemildert wird. Das Deutschlandticket soll für das neue Jahr abgesichert werden. Und die Gebühren für die Stromnetze – die sogenannten Netzentgelte – sollen stabil gehalten werden, um zu verhindern, dass die Strompreise im Januar steigen.



Für eine normale Familie mit zwei Kindern machen all diese geplanten Entlastungen schnell 80 oder 100 Euro mehr im Monat aus.



Einigung zum Deutschlandticket erzielt

SPD, Grüne und Union haben sich auf eine finanzielle Absicherung des Deutschlandtickets im Nahverkehr für 2025 geeinigt. Nach der Entscheidung zur Vertrauensfrage von Kanzler Olaf Scholz hat die verbliebene rot-grüne Koalition mit Unterstützung der Union noch vor der Neuwahl im Februar die Finanzierung des Deutschlandtickets gesichert.

Mehr als 13 Millionen Menschen nutzen das Deutschlandticket - für den Weg zur Arbeit, zur Schule oder einfach, um mobil zu sein. Ein Ticket, das das Fahren mit Bus und Bahn in ganz Deutschland einfach, günstig und klimafreundlich macht.

Derzeit kostet das Ticket 49 Euro im Monat, ab dem neuen Jahr werden es nach einem Beschluss der Länder-Verkehrsminister 58 Euro sein. Das Ticket wird jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert. Beide Seiten steuern dazu jährlich jeweils 1,5 Milliarden Euro bei. Die Restmittel werden nun übertragen.



Der Verkehrsausschuss des Bundestages hatte grünes Licht für die Finanzierung des Deutschlandtickets im kommenden Jahr gegeben. Ein entsprechender Gesetzentwurf zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes wurde in geänderter Fassung ohne Gegenstimmen verabschiedet.

Eine Änderung betrifft die Verwendung von 350 Millionen Euro an Regionalisierungsmitteln des Bundes. Diese Gelder, die ursprünglich nicht für die Finanzierung des Deutschlandtickets vorgesehen waren, werden nun doch den Bundesländern im Jahr 2025 zur Verfügung gestellt.

Bundesverfassungsgericht vor Demokratiefeinden schützen

Das Bundesverfassungsgericht ist für unseren Rechtsstaat als Garant der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unverzichtbar. Die Erfahrung in anderen Staaten lehrt uns, dass illiberale und autokratische Mehrheiten unabhängige Gerichte gezielt aushebeln und arbeitsunfähig machen, um ihre Agenda ohne Widerspruch durchzusetzen.

Der Bundestag hat am Donnerstag über die Reform debattiert, mit der das Verfassungsgericht besser vor dem Zugriff möglicher Verfassungsfeinde geschützt werden soll. Dazu haben wir im Bundestag einen fraktionsübergreifenden Gesetzentwurf beschlossen, um die Handlungsfähigkeit des höchsten Gerichts im Grundgesetz abzusichern und es so gegen Angriffe antidemokratischer und illiberaler Kräfte zu schützen.

Damit werden zentrale Vorgaben zur Struktur des Gerichts im Grundgesetz verankert, so dass sie nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat geändert werden können. Dies geht bislang mit bereits einfacher Mehrheit. Festgeschrieben werden soll im Grundgesetz etwa die Zusammensetzung des Gerichts aus zwei Senaten mit je acht Richterinnen und Richtern. Das Gesetz sieht vor, in der Verfassung die Strukturen des Gerichts festzuschreiben, darunter etwa die Amtszeit der Richterinnen und Richter (zwölf Jahre) und deren Altersgrenze (68 Jahre), der Aufbau mit zwei Senaten mit je acht Richterinnen und Richtern, der Ausschluss der Wiederwahl nach zwölf Amtsjahren, die Bindungswirkung der Entscheidungen des Gerichts und die Geschäftsordnungsautonomie.





Verantwortung für das Land übernommen – Bilanz unserer parlamentarischen Arbeit in dieser Wahlperiode

Mehr als drei Jahre intensiver, engagierter und erfolgreicher Arbeit liegen hinter uns. Als größte Fraktion im Bundestag haben wir unseren Beitrag dazu geleistet, die vielen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. In einer schwierigen Koalition war es unser Anspruch, unterschiedliche Positionen zusammenzuführen. Wir sind unserer Verantwortung dabei stets gerecht geworden.

Aktuell ist die **Broschüre der SPD-Fraktion zur Bilanz unserer parlamentarischen Arbeit in dieser Wahlperiode** erschienen.

Die Veröffentlichung mit dem Titel "**Sicherheit geben, Chancen schaffen. Unsere Bilanz 2021-2025**" (DIN A4, 52 Seiten) kann hier als PDF-Datei heruntergeladen werden:

https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/fraktion-intern-3_4-2024.pdf

Unter sozialdemokratischer Führung ist der Niedriglohnsektor zurückgegangen, die Beschäftigung auf Rekordniveau gestiegen und auch der Anteil der Erneuerbaren ist so hoch wie nie.

Dafür haben wir hart gearbeitet: Von der Erhöhung des Kindergeldes bis zur Anhebung des Mindestlohns, vom massiven Ausbau der erneuerbaren Energien bis zum Deutschlandticket, von der Verbesserung der Kinderbetreuung bis zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, von Rekordinvestitionen in die Infrastruktur bis zur Krankenhausreform – um nur einige Beispiele zu nennen. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine haben wir die Energieversorgung gesichert, die Energiepreise begrenzt und zugleich in unsere Sicherheit investiert.



Weiter Verantwortung übernehmen – das Wahlprogramm der SPD

Knapp 60 Seiten ist der Entwurf für das Wahlprogramm der SPD dick. Am Dienstag hat ihn der Parteivorstand beschlossen. Das SPD-Regierungsprogramm setzt Maßstäbe und wir liefern.

Wir sorgen dafür, dass die Menschen in diesem Land vorankommen:

- ✓ Faire Löhne und sichere Arbeit mit höherem Mindestlohn und guten Arbeitsbedingungen
- ✓ Starke Familien mit besserer Unterstützung und echter Entlastung
- ✓ Bezahlbare Pflege für alle, weil Pflege kein Luxus sein darf
- ✓ Sichere Renten, damit niemand bis 70 arbeiten muss
- ✓ Investitionen in unsere Wirtschaft mit dem „Made in Germany“ Bonus für mehr Wachstum und Innovation

Wir investieren in die Zukunft

unseres Landes statt sie zu blockieren. Hier gibt es eine ausführlichere Information:

<https://www.vorwaerts.de/parteeleben/mit-diesem-programm-geht-die-spd-die-bundestagswahl-2025>



Ein starkes Zeichen für gelebte Inklusion im Bundestag

Die erste gehörlose Abgeordnete im Deutschen Bundestag ist Heike Heubach, SPD. Sie konnte bereits im März des Jahres in die SPD-Bundestagsfraktion nachrücken.

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) wertete Heubachs Einzug in den Bundestag als "starkes Zeichen für die Inklusion". Heike Heubach wird eine barrierefreie Wahrnehmung ihres Mandats ermöglicht.



Heike Heubach klatscht mit erhobenen und winkenden Händen - dem Gebärdensprachezeichen für Applaus. Auf dem Bild ist sie bei der Debatte zur Vertrauensfrage des Bundeskanzlers zu sehen.

Die Bundestagsverwaltung hat sich intensiv darauf vorbereitet - beispielsweise durch Gebärdensprachdolmetschung im Plenarsaal. Wenn sie im Plenarsaal Reden hält, bekommen



Dolmetscher neben den Stenografen einen Platz mit Mikrofon, um die Rede für die anderen Abgeordneten zu übersetzen. Dies soll auch bei Zwischenfragen oder Kurzinterventionen Heubachs geschehen. Eine entsprechende Lösung gibt es ebenso für ihre Arbeit im Bauausschuss.

Zum ersten Mal hielt Heike Heubach im Oktober eine Rede im Bundestag - mit Dolmetscher an ihrer Seite. Die 44-jährige SPD-Abgeordnete sprach sich für die Stärkung des städtebaulichen Klimaschutzes aus. Der Klimawandel sei nicht mehr aufzuhalten, neue Baugesetze müssten dem Rechnung tragen und das neue Baugesetzbuch der Ampelkoalition mache genau das.



Übergabe des Politisches Friedenslicht

Ein Licht aus Bethlehem soll als Botschafter des Friedens durch die Länder reisen und die Geburt Jesu verkünden. Diese Idee entstand im Jahr 1986 in Österreich im Rahmen der Initiative „Licht ins Dunkel“ (in Deutschland: „Friedenslicht in Deutschland“).

Jedes Jahr entzündet ein Kind in der Geburtsgrotte Jesu in Betlehem das Friedenslicht. Am Samstag vor dem 3. Advent wird die kleine Flamme der Hoffnung in einer ökumenischen Aussendungsfeier an die internationalen Pfadfinder-Delegationen weitergegeben. Sie tragen das Licht von dort aus weiter nach Europa und darüber hinaus in viele Länder der Welt.



In diesem Jahr war es aufgrund des Krieges im Nahen Osten nicht möglich, das Friedenslicht in der Geburtsgrotte Jesu in Bethlehem zu entzünden. Pfadfinder hatten das Friedenslicht aus dem vergangenen Jahr in der Wallfahrtskirche in

Christkindl, Österreich aufbewahrt.

Die Verteilung unter dem Motto „Vielfalt leben, Zukunft gestalten“ erfolgte in diesem Jahr auch an Bundesministerien und Institutionen im politischen Berlin. Aus jedem Ministerium sollte eine Botschaft verkündet werden, die in einer Art Zeitkapsel aufbewahrt wird. Die Botschaft aus dem Bundesgesundheitsministeriums überbrachte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister Dr. Edgar Franke:

„In der aktuellen schwierigen geopolitischen Situation ist für eine Zukunft in Frieden und Vielfalt von größter Bedeutung, Brücken zu bauen. Gerade in Krisenzeiten dürfen wir uns nicht spalten lassen, sondern müssen zusammenstehen. Das gilt für uns national und international, für jeden persönlich sowie gerade auch beruflich und im Amt. Ganz konkret habe ich deshalb in den vergangenen Jahren versucht, Kontakte in die arabische Welt aufzubauen und zu pflegen. Ich bin überzeugt, dass der persönliche Kontakt das Wichtigste ist, um Verständnis und Freundschaft auch zwischen den Völkern aufzubauen.“



Aus Wahlkreis und Heimat

Franke geht – Rottwilm kommt



Bei der Wahlkreisdelegiertenkonferenz in der Homberger Stadthalle berichtete **Edgar Franke** über seine 15-jährige Tätigkeit als Abgeordneter, Ausschussvorsitzender, Opferbeauftragter und Parlamentarischer Staatssekretär im Deutschen Bundestag in Berlin.

Franke, der nicht mehr für den Bundestag kandidiert, erhielt stehenden Applaus nach seiner Rede von den Delegierten.

Philipp Rottwilm wurde mit 98% zum neuen Wahlkreiskandidaten für den Wahlkreis Schwalm-Eder/Frankenberg für die Bundestagswahl von der Delegiertenkonferenz gewählt.

Edgar Franke überreichte symbolisch eine Ahle Worscht als Staffelstab an ihn.



Volles Haus in Gudensberg

Unter dem Motto „Franke zieht Bilanz - Rottwilm kandidiert“ gab es einen gut besuchten politischen Frühschoppen schon am Folgetag der Delegiertenkonferenz. Anstatt eines Berichtes über seine Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter konnte er in einem Interview über besondere Erlebnisse erzählen und einige Anekdoten zum Besten geben.

Im Anschluss war die Bühne frei für **Philipp Rottwilm**, der Nachfolgekandidat für die Bundestagswahl am 23. Februar 2025 im Wahlkreis Schwalm-Eder/Frankenberg.



„Nicht Reden, sondern Machen“ ist das Motto des erfolgreichen und beliebten Bürgermeisters von Neuental. Er will eine starke Stimme für die ländliche Region sein, ganz in der Tradition seines Vorgängers.

Rottwilm analysierte umfassend die wirtschaftliche Lage und die Herausforderungen, die von der Politik anzugehen sind.

Er sprach sich für mehr Investitionen in die Zukunft aus, z.B. im Bereich der öffentlichen

Infrastruktur und der Digitalisierung und dass wir endlich auf allen Ebenen die Prozesse vereinfachen und damit entbürokratisieren müssen.

Bild rechts: Ein gemeinsames Bild mit dem ehemaligen und dem neuen Kandidaten konnte Roland Gogrefe aus Gudensberg ergattern. Das Bild übersandte er gleich an seine Frau Sandra Gogrefe, die sich zur Zeit in einer Reha-Maßnahme befindet. Franke und Rottwilm ließen die besten Genesungswünsche ausrichten.



Das kurzweilige Interview führte der Vorsitzende der AG 60plus der SPD Gudensberg und Mitarbeiter von Edgar Franke, Michael Höhmann.



Bilder der Woche

Weihnachtsfeier mit den Mitarbeitern des Seeheimer Kreises in der Hirschstube auf dem Weihnachtsmarkt am Breidscheidplatz in Berlin.

Edgar Franke konnte als dienstältester Seeheimer

die Weihnachtsrede halten und bedankte sich mit einer engagierten Rede bei allen

Mitarbeitern für ihre Arbeit im Jahr 2024: „Auch, wenn das Fest dieses Jahr etwas anders ist als sonst, genießt das Weihnachtsfest und die Feiertage im engsten Kreise Eurer Liebsten.“



Bild rechts: Neben ihm der Geschäftsführer der Seeheimer in der SPD-Bundestagsfraktion, Martin Heßelbart.





Beim Parlamentarischen Abend der SOKA-Bau wurde Tischtennislegende **Jörg Roßkopf** von dem Moderator und Sportreporter **Peter Großmann** interviewt (Bild oben).

Edgar Franke konnte ein Autogramm von Roßkopf auf einen Tischtennisschläger entgegennehmen.



Im Rahmen seiner Sprechstunde im Wahlkreisbüro in Borken (Hessen) traf Edgar Franke den deutsch-brasilianer Frederico Ventura Wollny, der auch im Wahlkreis von Edgar Franke beheimatet ist.

Viel wurde sich über Charaktere und Ereignisse in unserer Region und in Berlin ausgetauscht. Vor allem ging es den bilateralen Handel mit medizinischen Krankenhausprodukten zwischen Brasilien und Deutschland, aber auch um Fragen der globalen Gesundheitspolitik.



***Edgar Franke und sein Team wünschen
frohe Weihnachten und einen guten
Rutsch in das neue Jahre 2025!***



IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurzgehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Thomas Köhler/photothek.net und Image by [Lumix Designer](#) from [Pixabay](#), Seiten 3 Screenshot von <https://www.phoenix.de/sendungen/ereignisse/phoenix-plus/der-weg-zu-neuwahlen-a-4713372.html>, Seite 4 Screenshots vom Live-TV am 16.12.24 auf www.bundestag.de, Seite 5 Edgar Franke, Seite 6 Screenshot vom Live-TV am 16.12.24 auf www.bundestag.de und Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seiten 7 und 9 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 10 Screenshot vom Live-TV am 16.12.24 auf www.bundestag.de, Bild unten Edgar Franke, Seiten 11-15 Edgar Franke, Seite 16 Image by [nini kvaratskhelia](#) from [Pixabay](#).

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.